



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche
und private Fürsorge,**



ich hoffe, dass Sie alle ruhige und besinnliche, vor allem auch erholsame Weihnachtsfeiertage hinter sich gebracht haben und wünsche Ihnen und Ihren Familien für das Jahr 2004 alles nur erdenklich Gute.

Das Jahr 2004 wird unter sozialpolitischen Gesichtspunkten sicherlich ein außerordentlich diskussionsreiches Jahr werden, sind doch die Folgen der im Vermittlungsausschuss gefassten Beschlüsse in ihrem vollen Umfang derzeit noch nicht klar erkennbar. Einiges ist gänzlich offen geblieben, anderes ist weiter auszudifferenzieren und letztlich müssen daraus konkrete Schlussfolgerungen für die praktische Arbeit gezogen werden.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge wird seinen Diskussionsprozess intensiv fortsetzen, insbesondere um praktikable Lösungsvorschläge zu unterbreiten und Hilfestellung für die konkrete Umsetzung vor Ort zu geben.

Die Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Abschaffung der Grundsicherung, das wichtige Thema der Reform der Pflegeversicherung und der Eingliederungshilfe, die Veränderungen im SGB VIII, die nachhaltige Beschäftigung mit den notwendig zu ziehenden Schlussfolgerungen aus der sogenannten Pisa-Studie, hier insbesondere die Aspekte der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule und die Weiterentwicklung des Berufsbildes für Erzieherinnen und Erzieher spielen bei den Diskussionen im Jahr 2004 für den Deutschen Verein ebenso eine Rolle wie die Auswirkungen des Scheiterns der Europäischen Union im Hinblick auf die Verfassungsdiskussion.

Aber nicht nur fachlich wird ein großes Pensum für den Deutschen Verein zu absolvieren sein.

Der Beschluss des Vorstandes, zum 30.06.2004 die Geschäftsstelle in Frankfurt am Main aufzugeben und seine Aufgaben in einer neuen Geschäftsstelle in Berlin fortzuführen, wird den Deutschen Verein auch organisatorisch vor große Herausforderungen stellen.

Die Schließung des alten Hauses, die Einrichtung der neuen Geschäftsstelle des Deutschen Vereins, der Wechsel etlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Frankfurt nach Berlin mit allen damit einhergehenden persönlichen, organisatorischen und rechtlichen Problemen, die Etablierung des neuen Standortes auch im Bewusstsein der Mitgliedschaft des Deutschen Vereins, all dies muss bewältigt werden.

Um so mehr ist der Deutsche Verein auch im Jahr 2004 auf Ihre Solidarität, Ihr Engagement und ihre tatkräftige Unterstützung angewiesen.

Die Website des Deutschen Vereins, ebenso wie die jeweiligen Newsletter des Deutschen Vereins, werden aktuelle weitere Informationen zum Umzug, zu organisatorischen Veränderungen und zum neuen Standort in Berlin geben.

Ich bin sicher, dass uns die gemeinsamen Ziele auch in der Zukunft zu gemeinsamer Kraftanstrengung bewegen und freue mich, gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch im neuen Jahr Ihr Ansprechpartner, Kooperationspartner, Ihre Serviceorganisation, Ihr Lernort und Ihr Diskussionsforum sein zu können.

Nochmals die besten Wünsche für das Jahr 2004

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Löher
Geschäftsführer des Deutschen Vereins



Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Dr. Peter Neher

1983 bis 1985
Priester, Kaplan, Pfarrer und Klinikseelsorger in Augsburg, Landsberg am Lech, Kempten und Günzburg
1985 bis 1989
Promotion als Doktor der Theologie an der Würzburger Universität
1999
stellv. Caritasdirektor in Augsburg
2000
Diözesan-Caritasdirektor in Augsburg
2001
Vorleihung des päpstlichen Ehrentitels Monsignore
seit 2003
Caritaspräsident des Deutschen Caritasverbandes
seit 2003
im Präsidium, im Vorstand und Hauptausschuss des Deutschen Vereins

Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor...



Dr. Richard Auernheimer

1972 bis 1978
wissenschaftlicher Referent im Deutschen Jugendinstitut, Arbeitsgruppe Vorschulerziehung
1978 bis 1990
Heimaufsichtsreferent im Landratsamt für Jugend und Soziales Rheinland-Pfalz
1991 bis 1999
Leiter des Ministerbüros und der Planungs- und Steuerungsgruppe im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und seit 1999
Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit und Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen des Landes Rheinland-Pfalz

Sitzung des Präsidiums und des Vorstands des Deutschen Vereins

Das Präsidium tagte am 9. Dezember 2003 in den Räumen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin. An der Sitzung des Präsidiums nahm die Sozialministerin des Landes Sachsen, Helma Orosz, teil. Frau Orosz war in der Zeit von 1992 bis 2003 Mitglied im Hauptausschuss und sechs Jahre auch interne Rechnungsprüferin für den Deutschen Verein. Die Mitglieder des Präsidiums danken Frau Ministerin Orosz ganz herzlich für ihre langjährige Mitarbeit. Frau Ministerin Orosz bedankt sich ihrerseits beim Deutschen Verein, dessen Arbeit unmittelbar vor und nach der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer lebensnotwendig gewesen sei, um eine Orientierung für die fachliche Arbeit zu erhalten: „Ohne den Deutschen Verein wären wir in der fachlichen Arbeit heute nicht da, wo wir jetzt stehen.“, so Frau Ministerin Orosz. Sie diskutierte mit dem Präsidium insbesondere das Thema Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen und stellte die Situation in Sachsen dar.

Der Vorstand des Deutschen Vereins tagte am 10. Dezember 2003 in den Räumen des Deutschen Städtetages in Berlin. Herr Staatssekretär Ruhenstroth-Bauer (BMFSFJ), Herr Graf Waldburg zu Zeil und Trauchburg, Generalsekretär des DRK und Herr Dr. Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, nahmen als Gäste an der Sitzung des Vorstands teil. Herr Graf Waldburg zu Zeil und Trauchburg und Herr Dr. Neher werden bis zu Neuwahlen als ständige Gäste an den Vorstandssitzungen des Deutschen Vereins teilnehmen.

Herr Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns (DPWV) und Herr Stadtrat Thomas Walter (Stadt Hannover), die zum 31. Dezember 2003 ihr Mandat im Vorstand niedergelegt haben, wurden verabschiedet.

Herr Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns war von 1990 bis 2003 Mitglied im Vorstand und langjähriger Vorsitzender des Landesausschusses des ICSW. Herr Thomas Walter gehörte dem Vorstand von 2000 bis 2003 an.

Als Nachfolgerin im Vorstand für Herrn Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns wurde Frau Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes –

Gesamtverband und als Nachfolger für Herrn Thomas Walter wurde Herr Karl Janssen, Beigeordneter der Stadt Recklinghausen, benannt.

Im Namen des Vorstands gratulierte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Seeh, Herrn Dr. h.c. Gohde zur Verleihung der Ehrendoktorwürde, die er am 15. November 2003 im Rahmen eines akademischen Festaktes von der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg erhielt. Damit wurden Herrn Dr. h.c. Gohdes besondere Verdienste, aber auch seine hervorragenden Fähigkeiten und vielfältigen Tätigkeiten gewürdigt. Herr Dr. h.c. Gohde ist seit 1989 Mitglied im Hauptausschuss, seit 1994 Mitglied im Vorstand und seit 2000 stellvertretender Vorsitzender.

Des Weiteren wurde vom Vorstand einstimmig beschlossen, den Vertrag des Geschäftsführers des Deutschen Vereins vorfristig um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Wahl der Mitglieder des Vorstands in den Wahlausschuss

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 die folgenden Mitglieder aus seinen Reihen einstimmig in den Wahlausschuss berufen:

1. Friedrich, Ursula, Deutscher Landkreistag, Berlin
2. Mörsberger, Heribert, Deutscher Caritasverband, Freiburg i. Br.
3. Schäfer, Wolfgang, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster
4. Hesse, Werner, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband-Gesamtverband, Berlin
5. Henke-Berndt, Helga, Dr., Arbeiterwohlfahrt, Bergheim

Als Ersatzmitglieder wurden benannt:

1. Wienand, Manfred, Dr., Deutscher Städtetag, Berlin
2. Lübking, Uwe, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
3. Rössler, Gabriele, Dr., Deutsches Rotes Kreuz, Berlin

Ausarbeitung „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu einem zentralen Anliegen der



aktuellen deutschen Familienpolitik geworden. Erwerbstätige befinden sich entsprechend ihrer Lebensphase in einem Spannungsfeld zwischen den erhöhten Anforderungen der Arbeitswelt und jenen der Familienarbeit, die nicht nur Kinderbetreuung und -erziehung umfasst, sondern auch die Pflege von kranken oder alten Familienangehörigen.

Die Problematik ist von großer sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung, aufgrund ihrer vielfältigen Verflechtung mit verschiedensten Regelungsbereichen jedoch nur als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Lösungsansätze bedürfen daher eines umfassenden Handlungskonzepts, in dem die unterschiedlichen Akteure entsprechend ihren Bedürfnissen und Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Der Vorstand beteiligt sich mit dem am 10. Dezember verabschiedeten Thesenpapier „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ an der Diskussion. Die darin aufgestellten Thesen beziehen sich auf den gesamten Kontext der Vereinbarkeitsbedingungen und schließen deshalb auch das Handlungsfeld der Arbeitsweltgestaltung mit ein. Ein Großteil der Vorschläge lässt sich bei entsprechender Einsicht und Bereitschaft zu Umgestaltungen und Kooperationen kurz- und mittelfristig umsetzen, andere sind mit Perspektiven verbunden, deren Realisierung mehr Zeit beansprucht.

Die genannte Stellungnahme kann im Internet abgerufen werden (www.deutscher-verein.de).

Grundfreiheiten im europäischen Gemeinschaftsrecht und soziale Dienstleistungen

„Die prinzipielle Entscheidung für ein bestimmtes Sozialsystem rechtfertigt aufgrund der damit verbundenen Folgewirkungen eine Einschränkung der Wahrnehmung und Ausübung der Grundfreiheiten sowie des Wettbewerbs.“ Dies führt der Deutsche Verein in dem am 10. Dezember 2003 vom Vorstand verabschiedeten Papier zu „Grundfreiheiten im europäischen Gemeinschaftsrecht und soziale Dienstleistungen“ aus.

Der europäische Binnenmarkt ist durch den freien Verkehr von Waren, Personen,

Dienstleistungen und Kapital gekennzeichnet. Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die freien Verkehrsströme zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden diese Gewährleistungen des freien Warenverkehrs, des freien Personenverkehrs, des freien Dienstleistungsverkehrs und des freien Kapitalverkehrs als die vier Grundfreiheiten des europäischen Gemeinschaftsrechts bezeichnet. Aus der ökonomischen Sicht dient die Gewährleistung der Grundfreiheiten einer optimalen Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen. Von Anfang an hat das europäische Gemeinschaftsrecht aber über diese rein ökonomische Betrachtungsweise hinausgeführt. Dies zeigen die sozialpolitischen Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts, die seit dem Vertrag von Maastricht eine deutliche Ausweitung erfahren haben. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, inwieweit sich die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben auch auf die Aufgaben erstrecken, die durch die öffentlichen Träger der sozialen Sicherheit in Deutschland wahrgenommen werden. Es geht um die Abgrenzung zwischen mitgliedstaatlicher Sozialpolitik und -recht einerseits und freier und privater Wirtschaftstätigkeit andererseits.

Der Deutsche Verein anerkennt, dass das Sozialrecht nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Dimension hat. Das belegt die Anzahl der Erbringer sozialer Leistungen und der Anteil, den ihre Tätigkeit an der mitgliedstaatlichen Wertschöpfung hat. Der Deutsche Verein fordert deshalb, die Gewährleistung der sozialen Sicherheit und ihre wirtschaftliche Dimension in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

Dieses Positionspapier erscheint im Februarheft des NDV und ist als Stellungnahme im Internet (www.deutscher-verein.de) abrufbar.

Stellungnahme zum Integrationsteil des Zuwanderungsgesetzes

In der anhaltenden Diskussion um die Ausgestaltung des Entwurfes des Zuwanderungsgesetzes (ZuwG) hält der Deutsche Verein die vorgesehenen Regelungen zur Förderung der Integration (§§ 43 bis 45 des Artikel 1 des ZuwG - AufenthaltsG) für unzureichend.

Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor...

Fortsetzung

Dr. Richard Auernheimer

seit 2002

Mitglied im FA „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“ des Deutschen Vereins

seit 2002

Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins

seit 2003

Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins

Personalien

Folgende Personalwechsel haben in den Monaten Dezember 2003 bis Januar 2004 stattgefunden:

Maria Hierlinger-Gudat. War viele Jahre als Referentin im Arbeitsfeld VII „Grenzüberschreitende Sozialarbeit - Internationaler Sozialdienst“ tätig. Sie hat die so genannte „tracing“-Arbeit aufgebaut. Sie verabschiedete sich in den wohlverdienten Ruhestand.

Verena Lützel. Arbeitete viele Jahre als Sachbearbeitung im Arbeitsfeld I „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“. Sie verabschiedete sich in den wohlverdienten Ruhestand.

Dr. Angela Busse. Sie war als Hauptgutachterin und Arbeitsfeldleiterin im Arbeitsfeld IV „Altenhilfe, Pflege, Rehabilitation und Gesundheit mit Grundsatzfragen des Sozialrechts“ tätig. Sie arbeitet jetzt als Professorin für Sozialrecht, insbesondere der sozialen Beratung und sozialen Dienste.

Anna Obholz. Sie hat u. a. als Mitarbeiterin im Arbeitsfeld V „Bundeszentrale Fachpublikationen“ und später als Sachbearbeiterin der Koordinatorin der Arbeitsfelder gearbeitet.

Gertrud Rippert. Sie war Sekretärin/Schreibkraft im Arbeitsfeld I „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“.

Günther Scholz. Hat viele Jahre für das leibliche Wohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Vereins und der Veranstaltungsteilnehmer gesorgt.

Die vier letzt genannten scheidet, wegen beruflicher Veränderungen im Zusammenhang mit dem Umzug nach Berlin, aus.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge wünscht allen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute für die Zukunft.

Fortsetzung Personalien S. 4



Veranstaltungen

In den folgenden Veranstaltungen sind noch Plätze frei. Anmeldungen werden noch entgegengenommen:

8. bis 10. März 2004

F 553
Betriebswirtschaft in sozialen Dienstleistungsorganisationen

8. bis 12. März 2004

F 526
Älter werden in sozialen Berufen – Workshop zur beruflichen Selbstbestimmung

18. bis 19. März 2004

F 262
Ausschreibung sozialer Dienstleistungen – Vergaberecht im Sozialmarkt?

22. bis 23. März 2004

F 644
Zum Stellenwert des Sozialen in der europäischen Verfassung

29. bis 31. März 2004

F 554
Neue Steuerungsmodelle und betriebswirtschaftliche Grundlagen. Crashcourse für Anwender/innen

31. März bis 2. April 2004

F 338
§72 BSHG: Erfolgreiche Hilfeplanung im Rahmen von Case-Management

5. bis 7. April 2004

F 441
Das Assessment im Case-Management der Altenhilfe

22. bis 23. April 2004

F 143
Kooperationsverträge – Instrumente der Wohnungssicherung?

3. bis 4. Mai 2004

F 725
Grenzüberschreitende Adoptionssuche – Die Frage nach der Herkunft

Nähere Informationen sind erhältlich über das Veranstaltungsmanagement:

Tel.: (069) 95807~202, Fax: (069) 95807~381,
E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de

Impressum:

Redaktion:
Uwe Hellwig, Frankfurt am Main
Tel. (0 69) 9 58 07-2 09,
E-Mail: hellwig@deutscher-verein.de
Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge.

Geschäftsstelle:
60439 Frankfurt am Main (Nordweststadt),
Am Stockborn 1-3,
Tel. Sammel-Nr. (0 69) 9 58 07-01,
Fax (0 69) 9 58 07-3 81

www.deutscher-verein.de

Postbankkonto: Frankfurt am Main 100847-607
(BLZ 500 100 60),
Bankkonto: Frankfurter Sparkasse 130 708
(BLZ 500 502 01).

Gesamtherstellung:
Druckerei Joh. Walch, Im Gries 6, 86179 Augsburg

Um die Integration von Ausländern zu gewährleisten und effizient zu gestalten, muss ein bundeseinheitliches Grundangebot, bestehend aus einer Deutsch-Sprachförderung, die ausreichende Kenntnisse für Ausbildung und Arbeitsmarkt vermittelt, sowie aus einer individuellen Integrationsbegleitung und -beratung durch qualifiziertes Personal geschaffen werden, die über ein einmaliges Kursangebot hinausgeht. Die Integrationsbegleitung muss umfassend angelegt sein, um für Zuwanderer wie für die einheimische Bevölkerung bzw. für Fachdienste optimale Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Integrationsangebote zu schaffen. Der Deutsche Verein fordert, ein entsprechendes staatliches „Grundangebot zur Integration“ gesetzlich zu verankern.

Der Rechtsanspruch auf das Grundangebot sollte auch zuwandernden EU-Bürgern und den seit vielen Jahren hier lebenden Zuwanderern zuerkannt werden.

Die Förderung der Integration ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb fordert der Deutsche Verein in seiner am 10. Dezember 2003 vom Vorstand verabschiedeten „Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Integrationsteil des Zuwanderungsgesetzes“, die Finanzierung der Integrationsförderung grundsätzlich auf Bund und Länder gemeinsam zu verteilen. Eine weitere Belastung der Kommunen zur Umsetzung des „Grundangebotes“ darf nicht erfolgen.

Zur Aktivierung der Bundesländer und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel der Integrationsförderung sind finanzielle Mittel mindestens auf dem Niveau von 2002 bereitzustellen.

Die genannte Stellungnahme kann demnächst im Internet abgerufen werden (www.deutscher-verein.de) und wird im Märzheft des NDV veröffentlicht.

Zusammenführung der Arbeitsfelder I und V

Die fachliche und wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Vereins wird derzeit in sieben Arbeitsfeldern geleistet. Zum 1. Januar 2004 wurden die Arbeitsfelder I und V zusammengeführt. Das neue Arbeitsfeld trägt den Titel: „Planung, Steuerung und

Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“. Das bisherige Arbeitsfeld VIII „Bundeszentrale Fachpublikationen“ erhält die Ordnungsnummer „V“. Die Bezeichnungen und Nummerierungen der anderen Arbeitsfelder bleiben davon unberührt. Die Leitung des Arbeitsfeldes hat Herr Retaiski übernommen und die Stellvertretung Herr Biesenkamp.

Haus des Deutschen Vereins

Das Haus des Deutschen Vereins in Frankfurt wird zum 22.06.04 geschlossen. Der Betrieb der Geschäftsstelle in Berlin wird zum 01.07.04 in Berlin aufgenommen. Die Veranstaltungen des Deutschen Vereins werden im zweiten Halbjahr 2004 vorrangig im Gustav-Heinemann-Haus in Bonn und ab 2005 an vier bis fünf Veranstaltungsorten im Bundesgebiet durchgeführt. Inzwischen wurde in Berlin ein Objekt in der Michaelkirchstrasse 17/18, 10179 Berlin angemietet. Einen ersten Eindruck von der neuen Geschäftsstelle in Berlin erhalten Sie auf unserer Website (www.deutscher-verein.de).

Neuer Vorsitzender des Caritasverbandes für das Bistum Dresden-Meißen

Hellmut Puschmann, ehemaliger Präsident des DCV und langjähriges Mitglied im Vorstand und im Hauptausschuss des Deutschen Vereins, ist zum Vorsitzenden des Caritasverbandes für das Bistum Dresden-Meißen ernannt worden. Herr Puschmann leitete bereits von 1973 bis 1982 als Diözesan-Caritasdirektor die dresdener Caritasarbeit.

Personalien

Neu im DV:

Nadine Pietag. Sie arbeitet seit 15. Dezember 2003 als Sachbearbeiterin der Koordinatoren der Arbeitsfelder. (Nachfolgerin von Frau Obholz)

Sandra Felden. Seit 15. Januar 2004 ist die Dipl.-Betriebswirtin als Mitarbeiterin im Veranstaltungsmanagement tätig.

Ulrike Schwarz. Hat am 15. Januar 2004 ihre Tätigkeit als Volljuristin im Arbeitsfeld VII „Grenzüberschreitende Sozialarbeit - Internationaler Sozialdienst“ aufgenommen.